



Stellungnahme der Fraktion VELBERT-anders zum Haushalt 2019

gehalten vom Fraktionsvorsitzenden August-Friedrich Tonscheid

es gilt das gesprochene Wort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich möchte an dieser Stelle das Ergebnis unserer Beratungen vorwegnehmen:

Die Fraktion VELBERT-anders stimmt dem Haushalt 2019 zu.

Wir sind der Ansicht, wenn man die Mammutaufgaben kennt, die schon begonnen haben oder die im Jahr 2019 beginnen werden, kann man nur zu diesem Ergebnis kommen.

Wir wissen auch, dass es Fraktionen geben wird, die dem Haushalt die Zustimmung wieder verwehren werden, aus welchen Gründen auch

immer. In der Vergangenheit waren es Zweifel an dem vorgelegten Zahlenwerk, an unzureichenden Mitteln in Fachbudgets, etc., etc.

Wir haben in den mittlerweile 24 Jahren unserer Ratszugehörigkeit den Haushaltplanentwürfen zwanzigmal zu gestimmt, weil wir immer dazu bereit waren Verantwortung zu übernehmen aber auch um an der Konsolidierung der städtischen Finanzen aktiv mit zu arbeiten, da schon seit der Jahrtausendwende ein Haushaltssicherungskonzept unser ständiger Begleiter war, mit dem Ergebnis eines Haushaltssicherungsplanes und damit wurden wir dann Stärkungspaktkommune und erhielten jährliche externe Zahlungen, die dazu beitrugen, dass die Stadt nicht ins finanzielle Abseits geriet.

Interessant während dieser Zeit war allerdings, dass einige Fraktionen die zusätzliche Ausgaben – trotz dieser finanziellen Lage – forderten, dem Haushalt regelmäßig nicht zustimmten.

Wer allerdings meint, dass zukünftig wieder große Sprünge gemacht werden können, dem sei gesagt, dass darauf geachtet werden muss, die Fehler der Vergangenheit nicht erneut zu machen. Daher mahnen wir für die Zukunft, schon jetzt, eine klare, verantwortungsbewusste Haushaltsführung an.

Nun komme ich zu den Herausforderungen der nächsten Jahre, die sehr ambitioniert sind und Velbert in verschiedensten Bereichen voranbringen wird.

Das Bürgerforum wird zu einem zentralen Dienstleistungszentrum in der Mitte der Stadt werden und die bisherige Nutzung als Veranstaltungszentrum wird größtenteils erhalten bleiben. Wir hoffen, dass die Gespräche mit dem Land in Kürze zu einem erfolgreichen Abschluss kommen und schnellstmöglich begonnen werden kann.

Der dritte Schritt am Sportzentrum ist bereits eingeleitet und wird damit die ursprüngliche Planung komplettieren. Wir hoffen, dass der Zeitplan eingehalten werden kann und damit alle Sportstätten zur Verfügung stehen.

Der Abriss der Hertie- Immobilie und damit verbunden die neue bauliche Entwicklung wird im Jahr 2019 zu einer Neugestaltung dieses seit Jahren dahindümpelnden Areals führen und somit einen unanschaulichen Bereich der Stadt wesentlich verändern.

Der Offersplatz, der bereits fertiggestellt ist, hat den Anfang dieser für Velbert wichtigen Veränderungen gemacht und ist nach unserer Auffassung sehr schön geworden und wartet nun auf die weitere Nutzung.

Hinzu kommt die Entwicklung des Schlosses Hardenberg, die in 2019 vorangetrieben werden muss. Die Fördermittel des Bundes sind seit langem zugesagt und deshalb sollte es nun auch zeitnah begonnen werden. Wir erwarten hier einen Konzeptvorschlag der Verwaltung.

Last but not least ist die neue fünfzügige Grundschule an der Kastanienallee zu nennen, die in der Planung fertig ist und nun auch zur Ausführung kommen wird.

Eine weitere Aufgabe ist die Lösung bei den weiterführenden Schulen. In den letzten fünf Jahren ist an dieser Stelle kein Weiterkommen zu erkennen gewesen. Alle Versuche eine Sekundarschule zu etablieren endeten im Nirwana und nun soll eine zweite Gesamtschule die Lösung sein. Die Hauptschule soll dann aufgegeben werden. Wie das umgesetzt werden soll, ist Z.Z. unklar, ebenso die Auswirkung auf die weiterführenden Schulen im gesamten Stadtgebiet. Ich hoffe, dass wir in einigen Jahren nicht wieder vor der Problematik stehen, dass ein Stadtteil keine weiterführende Schule hat.

So klar wie es die Befürworter der weiteren Gesamtschule meinen ist die Lage nicht, denn sowohl alle Direktoren und Schulkonferenzen der weiterführenden Schulen und auch die Bezirksregierung weisen auf die Folgen hin und lehnen die Änderung ab.

Ich hoffe nur, dass das Ergebnis nicht zu weiterem Frust und Verunsicherung bei den Kindern und Eltern führt.

Eine weitere Baustelle, im wahrsten Sinne des Wortes, wird uns auch im Jahr 2019 und darüber hinaus begleiten:

das Gewerbegebiet „große Feld „

Seit 2014 ist dieses Gelände an der Langenberger Straße als neues Gewerbegebiet im Gespräch. Nach langjährigen Verhandlungen ist der größte Teil nun auch im Besitz der Stadt und die Bauleitplanung hat begonnen.

Wir haben großes Verständnis dafür, das unmittelbar betroffene Anwohner diese Entwicklung nicht positiv sehen und ihren Unmut öffentlich äußern.

Als politisch mitverantwortliche Ratsmitglieder sind wir aber maßgeblich für die Gesamtentwicklung der Stadt verantwortlich, d.h. wir müssen eine verantwortungsvolle Bodenvorratspolitik, sowohl für Wohnbauflächen als auch für Gewerbeflächen betreiben, um den zukünftigen Ansprüchen gerecht zu werden und die Entwicklung der Stadt nicht zu gefährden.

Wie bereits gesagt, den Unmut der direkt Betroffenen können wir nachvollziehen, die Art und Weise der Öffentlichkeitsunterrichtung in Teilen allerdings nicht nachvollziehen.

Bilder mit rauchenden Schloten sind nicht korrekt und auch Teile der weiteren Öffentlichkeitsunterrichtung sind gewöhnungsbedürftig.

Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass hier ein Gewerbegebiet entstehen soll und nicht ein Industriegebiet. In den öffentlichen Diskussionen wird das des Öfteren durcheinandergebracht.

In einem Gewerbegebiet sind Betriebe die ein bestimmtes Maß an Umweltbelastungen, wie Lärm, Luftschadstoffe, Staub und Gerüche, erzeugen nicht zulässig.

In der Bauleitplanung können weitere Auflagen festgelegt werden, wie z.B. Dachbegrünungen, etc.

Die Entwicklung dieses Gebietes einfach auf höhere Gewerbesteuererinnahmen zu reduzieren ist falsch, denn es ist vorrangig eine Zukunftsentwicklung für unsere Stadt.

Lassen Sie mich aber noch etwas zu den notwendigen Entwicklungen in Velbert sagen:

Bei allen Planungen wird die Öffentlichkeit von Beginn an beteiligt und kann sich aktiv einbringen. Trotzdem wird es aber immer wieder dazu kommen, dass es Beteiligte gibt, die sich nicht mit dem Ergebnis anfreunden können.

Für die Politik wird es zunehmend schwieriger die erforderlichen Entwicklungsmaßnahmen zu erklären und auf den Weg zu bringen, denn Stillstand wäre der falsche Weg.

In der Sache wird es also immer wieder zu Diskussionen kommen, zumal ich feststellen muss, dass man als politisch Tätiger in einer Kommune teilweise unter der Gürtellinie attackiert wird und als nichts wissend, korrupt und geistig unterentwickelt, etc, etc. bezeichnet wird.

Dieses kann und will ich nicht für mich und für Sie, werte Kolleginnen und Kollegen akzeptieren und bitte darum sich in der Sache durchaus hart auseinander zu setzen, Beleidigungen allerdings zu unterlassen.

Wie auch im letzten Jahr schon von mir bemängelt, komme ich nochmal auf die nicht akzeptable Behandlung der Kommunen durch das Land und den Bund zurück. Nicht nur, dass man uns seit Jahren bei der Finanzierung der Flüchtlinge, Asylanten und geduldeten, abgelehnten Asylanten im Regen stehen lässt, was bisher den Haushalt der Stadt mit Millionenbeträgen belastet hat, wird nun ein weiterer Beschluss zu einer Belastung: die Unterhaltsvorschusszahlungen, die im Vorjahr durch eine Erhöhung des Alters der Anspruchsberechtigten von 12 auf 18 Jahre, eine weitere Belastung des Städtischen Haushaltes nach sich zieht.

Wir halten diese Bundes-Und Landesbeschlüsse für ungeheuerlich und fordern die Fraktionen im Rat der Stadt auf, ihre Vertreter im Landtag und Bundestag mit der Änderung dieses Verfahrens zu beauftragen.

Der Kämmerei mit Herrn Peitz an der Spitze möchte ich hier danken, für die Erstellung dieses Haushaltsplanes und die jederzeitige Bereitschaft Fragen zu beantworten.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch zwei Veröffentlichungen aus dem Jahr 1974 zur Kenntnis geben, die zeigen, dass es auch damals Visionen für die Zukunft gab:

Stellungnahme der IHK aus dem Jahr 1974

und

Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes der Industrie von Velbert und Umgebung